

Diskussion mit dem Staatssekretär

WIRTSCHAFTSJUNIOREN Entbürokratisierung, Energiepreise und Erbschaftssteuerreform

CHAM. Der neue bayerische Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann stellte sich vor kurzem einer Diskussion mit Unternehmern und Führungskräften aus dem Kreis der Chamer Wirtschaftsunioren. Das Thema Entbürokratisierung war das erste auf der Tagesordnung. Markus Sackmann räumte ein, dass aus den so hoch bewerteten Ergebnissen der Henzler-Kommission viel zu wenig in konkreten Erleichterungen bei Wirtschaft und Bürgern angekommen sei.

„Gerade im Unternehmensbereich packt aber auch Brüssel immer wieder etwas drauf.“ Gerade deshalb komme so viel darauf an, dass die Aufgabe Edmund Stoibers in der Entbürokratisierung auf europäischer Ebene zu Straffung und Effizienz führe.

Die Energiepreis-Entwicklung brennt den Unternehmen besonders auf den Nägeln und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Wirtschaft, so Transportunternehmer Josef Dischner. „Durch die



Mit einem „Juniorengest“ bedankten sich die Vorstandssprecher Yvonne Fuchs-Bräuning und Karl Wutz bei Markus Sackmann. Foto: privat

Besteuerung des Pflanzenölsektors konnte die Mineralölindustrie diesen wertvollen Nischenmarkt ohne Probleme vereinnahmen. Der Biokraftstoffmarkt in Deutschland ist tot!“

Sackmann äußerte Verständnis für diese Kritik, eine Besteuerung des Biokraftstoffmarkts sei auch ein Ergebnis europäischer Steuerharmonisierung, an der man auf

Bundesebene nicht vorbei konnte. Sackmann warnte aber davor, die Energie-Thematik in Deutschland nur mit regenerativen Energien oder nachwachsenden Rohstoffen lösen zu wollen. Vor diesem Hintergrund sieht er einen energiepolitischen Irrweg im Ausstieg aus der Kernenergie. „Wir koppeln uns in dieser Frage nicht nur vom Rest Europas ab, sondern setzen auch die weitreichende Technologieführerschaft im Kernenergiesektor ohne Not aufs Spiel.“

Klare Worte fand der Staatssekretär zu den strittigen Fragen in der Erbschaftssteuerreform. „Der vorliegende Entwurf für die Reform der Erbschaftssteuer ist nicht mit den Positionen bayerischer Mittelstandspolitik vereinbar,“ so Sackmann. Er bedauerte unter anderem den Rückfall in mittelstandsfeindliche Regelungen bei zahlreichen Eckpunkten der Reform. Von Experten aus dem WJ-Kreis wurde die 15-jährige Behaltensfrist mit starrer Lohnummenbindung kritisiert. „Hier wird die unternehmerische Handlungs-

freiheit massiv eingeschränkt“, so Steuerberaterin Andrea Jobst. (mz)